

Salzburg im Ersten Weltkrieg

Fernab der Front - dennoch im Krieg

Bearbeitet von
Oskar Dohle, Thomas Mitterecker

1. Auflage 2014. Buch. 492 S. Hardcover

ISBN 978 3 205 79578 0

Format (B x L): 21 x 27 cm

[Weitere Fachgebiete > Geschichte > Europäische Geschichte > Europäische Regional- & Stadtgeschichte](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



Salzburg im Ersten Weltkrieg

FERNAB DER FRONT – DENNOCH IM KRIEG

Oskar Dohle, Thomas Mitterecker (Hg.)



Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische
Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von
Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 48



Schriftenreihe des Archivs der Erzdiözese Salzburg Bd. 13

Schriftenreihe des Salzburger Landesarchivs Nr. 22

Oskar Dohle • Thomas Mitterecker (Hg.)

SALZBURG IM ERSTEN WELTKRIEG

Fernab der Front – dennoch im Krieg



2014

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Dieses Buch wurde ermöglicht durch die großzügige Förderung von:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich


Land Salzburg
Für unser Land!


**ERZDIOZESE
SALZBURG**

 **SALZBURG
MUSEUM**
NEUE
RESIDENZ


**Gesellschaft
für Salzburger
LANDES
KUNDE**

Zukunftsfonds der Republik Österreich

Amt der Salzburger Landesregierung

Erzdiözese Salzburg

Forschungsinstitut für politisch-historische Studien, Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek

Franz Triendl-„Stiftung“ der Wirtschaftskammer Salzburg

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde

Salzburg Museum

WKS 
WIRTSCHAFTSKAMMER SALZBURG

Für den Inhalt der namentlich gezeichneten Beiträge sind die jeweiligen Autorinnen
und Autoren verantwortlich.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2014 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Lektorat: Jacqueline Kowanda, Eva Rinnerthaler, Salzburg
Redaktion: Gerda Dohle, Karin Schamberger, Salzburg
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien, nach einem Entwurf von Norbert Weiss, Salzburg
Satz: Michael Rauscher, Wien
Druck und Bindung: Balto Print, Vilnius
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79578-0

Inhaltsverzeichnis

7	Vorwort der Herausgeber
9	Oskar Dohle Zeitungen ziehen in den Krieg. Die Berichterstattung in der Salzburger Presse im Sommer 1914
33	Ernst Hanisch Alltag im Krieg. Erfahrungen an der Heimatfront
47	Thomas Hellmuth „Acker und Wiesen wissen nichts von Patriotismus“. Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg
61	Thomas Weidenholzer Not und Luxus, Korruption, Antisemitismus und Radikalisierung. Der „Demonstrationsstreik“ in der Stadt Salzburg im September 1918
91	Susanne Rolinek „Soldatinnen“ der Heimatfront. Frauen im Ersten Weltkrieg
107	Leopold Öhler Krankheiten und medizinische Versorgung
129	Bernhard Iglhauser „Konnt' ich auch nicht Waffen tragen, half ich doch die Feinde schlagen!“ Schule und Krieg im Ersten Weltkrieg
149	Erwin Niese Das k. k. Staats-Gymnasium Salzburg im Weltkrieg – auch eine „Heimatfront“
153	Julia Walleczek-Fritz Kriegsgefangene im Kronland Salzburg im Ersten Weltkrieg
177	Bernhard Iglhauser Russische Kriegsgefangene in Thalgau. Zeittagebuch 1914–1918 aus Pfarr-, Schul- und Gendarmeriechronik der Gemeinde Thalgau sowie Salzburger Zeitungen

191	Gerda Dohle Das Kriegsgefangenen- und Flüchtlingslager Grödig 1915–1920. Edition der Chronik des Gendarmerie-Postens Grödig für die Jahre 1914–1920
205	Alfred Werner Höck „Ihr helft nicht nur dem Vaterlande, ihr macht auch ein gutes Geschäft dabei!“ Die Kriegsanleihe-Zeichnungen im Kronland Salzburg
269	Thomas Mitterecker „Aber ich jammere nicht, klage und verzage nicht.“ Die Katholische Kirche Salzburgs im Dienst der Kriegspropaganda
281	Alfred Werner Höck Aspekte der Verwaltung im Krieg
301	Hanns Haas Politische Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Salzburg
337	Laurence Cole „Mentale Kriegsvorbereitung“ und patriotische Mobilisierung in Österreich
361	Stefanie Habsburg-Halbgebauer Salzburgs Kunst im Ersten Weltkrieg
379	Nikolaus Schaffer Vier junge Stürmer und ein Pazifist. Salzburgs gefallene Künstler und Anton Faistauers Wandlung
403	Martin Hochleitner Kriegsplakate in Salzburg – eine Spurensuche
413	Oskar Dohle Inszenierte Verharmlosung und patriotische Parolen. Propagandapostkarten – das veröffentlichte Bild vom Krieg
439	Hans Weichselbaum Literatur und Erster Weltkrieg in Salzburg
467	Alfred Werner Höck Grundlegende statistische Angaben zum Kronland Salzburg
471	Literaturverzeichnis (zusammengestellt von Eva Rinnerthaler)
486	Autorinnen und Autoren
487	Personenverzeichnis

Vorwort der Herausgeber

Im Sommer 2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum hundertsten Mal. Dies ist der Anlass, zentrale Aspekte der Auswirkungen des Krieges auf die ganz konkrete Lebenssituation der Menschen in Stadt und Land Salzburg anhand von Einzelstudien zu untersuchen – fernab der Ereignisse und Kampfhandlungen an den Fronten und den dort eingesetzten Salzburger Soldaten. Ergänzt wird dies durch eine Darstellung der Rezeption des Krieges und seiner Folgen in der lokalen bildenden Kunst. Auf eine militärisch dominierte „Formationsgeschichte“ wurde ganz bewusst verzichtet, da hier oftmals schon in der Zwischenkriegszeit einschlägige Standardwerke entstanden sind.

Der Umstand, dass dieser Sammelband nicht nur in der Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, sondern auch in den Schriftenreihen des Archivs der Erzdiözese Salzburg sowie des Salzburger Landesarchivs erscheint, und dass namhafte Expertinnen und Experten aus verschiedensten Einrichtungen daran mitarbeiteten, ist ein weiteres Beispiel für die gute, institutionenübergreifende Zusammenarbeit – dafür möchten sich die Herausgeber ausdrücklich bedanken. Dieses Buch hätte ohne die großzügige finanzielle Unterstützung des Landes Salzburg, der Erzdiözese Salzburg und weiterer Förderer in der vorliegenden Form nicht erscheinen können.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Kriechbaumer, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates im Forschungsinstitut für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek, für die administrativ-organisatorische Abwicklung des Projekts und dafür, dass er immer ein „offenes Ohr“ für die Anliegen der Herausgeber hatte. Mag. Gerda Dohle und Dr. Karin Schamberger ist es zu verdanken, dass trotz enormen Zeitdrucks, in einen Gedenkjahr fast symptomatisch, die redaktionelle Bearbeitung aller Beiträge zeitgerecht abgeschlossen werden konnte. Unterstützt wurden sie dabei beim Lektorat sowie der Herstellung und Bearbeitung eines Großteils der Abbildungen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedensten Bereiche des Archivs der Erzdiözese Salzburg und des Salzburger Landesarchivs. Alle Unterstützung, alle Mühe wären vergeblich gewesen, ohne die Arbeit der Autorinnen und Autoren und ihrer, für eine derartige Publikation nicht selbstverständliche „Terminidisziplin“ – vielen Dank dafür!

Dieser Sammelband erhebt nicht den Anspruch, die direkten Folgen des Ersten Weltkrieges in Salzburg, fernab der Front vollständig und unter Berücksichtigung aller Themenbereiche darzustellen, dies wäre in einer einzigen Publikation wahrscheinlich auch nicht möglich. Wenn dieses Buch allerdings Anstoß dazu sein kann, hundert Jahre nach den Ereignissen im Sommer 1914 über die Sinnlosigkeit und menschliche Tragik jedes Krieges nachzudenken, dann hat sich die Arbeit so vieler gelohnt, dann bleibt sie nicht bloß die Darstellung historischer Abläufe und Entwicklungen, die bereits ein Jahrhundert zurückliegen ...

Oskar Dohle u. Thomas Mitterecker; Salzburg, Frühjahr 2014

„Acker und Wiesen wissen nichts von Patriotismus“

KRIEGSWIRTSCHAFT IM ERSTEN WELTKRIEG

Eine Studie zur Kriegswirtschaft hat vor allem zwei Bereiche in den Fokus zu nehmen: zum einen die Umstellung der Industrie auf Kriegsproduktion und die damit verbundenen ökonomischen und sozialen Folgen, zum anderen die – damit zum Teil zusammenhängende – Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs. Damit ist ein Untersuchungsfeld umschrieben, das in diesem kurzen Beitrag in seiner Breite freilich nicht vollständig abgedeckt werden kann. Daher werden im Folgenden zwei grundsätzliche Probleme der Kriegswirtschaft ins Zentrum der Betrachtung gerückt: einerseits die Problematik „kriegsabsolutistischer“¹ Eingriffe in die Lebenswelt der Bevölkerung, andererseits das Spannungsfeld zwischen Liberalismus und staatlicher Einflussnahme sowie regionaler bzw. nationaler Interessen und Zentralismus. Die Frage, ob privatwirtschaftliche Strukturen beibehalten oder diese durch zentrale staatliche Eingriffe aufgebrochen werden sollten, ist im Kontext einer bürgerlichen Gesellschaft zu analysieren, die im 19. Jahrhundert ihren Durchbruch erlebt hatte: Wirtschaftsliberale Grundsätze – die weitgehende Deregulierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Minimierung staatlichen Einflusses – bestimmten zumindest das ökonomische Denken der Zeit, wenn auch der Einfluss des Staates in Österreich nicht vollständig abgebaut wurde.

Nun war die Habsburgermonarchie weitgehend unvorbereitet in den Krieg eingetreten, nicht zuletzt auch, weil von einer kurzen Kriegsdauer ausgegangen worden war. Je länger der Krieg dauerte, desto unübersichtlicher gestaltete sich die ökonomische und soziale Lage: Betriebe, die kriegswichtige Produkte erzeugten, konnten zwar wirtschaftlich profitieren, andere aber erlebten einen Niedergang. Zudem gelang es der Regierung nicht, die Versorgung der Bevölkerung mit den grundlegenden Lebensmitteln anhaltend zu gewährleisten. Unter den extremen Bedingungen des Krieges konnten die prekäre ökonomische und soziale Situation mit wirtschaftsliberalen Prinzipien – sofern diese in ihrer „reinen“ Form überhaupt funktionieren – nicht behoben werden. Ein staatlicher Eingriff, die Zentralisierung der Versorgung, erfolgte aber aufgrund der herrschenden ökonomischen Doktrin und der für Österreich spezifischen Kombination von Liberalismus und Interventionsstaat² nur schrittweise und blieb letztlich halbherzig. Zusätzlich erschwerend wirkten sich die privatwirtschaftlichen Interessen der Bauern aus, die zunächst passiven, später auch offenen Widerstand gegen das staatliche Ernährungssystem zeigten.³ Schließlich spielten im sogenannten „Vielvölkerstaat“ auch nationale, insbesondere

1 Hanisch Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Gesellschaftsgeschichte). Wien 1994, 205f.

2 Hanisch, Der lange Schatten (wie Anm. 1), 186.

3 Grandner Margarete, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreich im Ersten Weltkrieg. Wien-Köln-Weimar 1992, 131f, 224.

ungarische Interessen eine Rolle: Vor dem Ersten Weltkrieg konnte Österreich nur bei Butter, Mehl, Käse und Kartoffeln seinen Bedarf zu einem großen Anteil aus der eigenen Produktion, zu rund 90 Prozent, decken. Bei Getreide, Rindern, Schweinen und Mais waren Österreich und – mit Ausnahme bei der Fleischversorgung – auch Salzburg auf Importe angewiesen. Da keine Lieferverpflichtung bestand, schränkte aber Ungarn, das bislang einen Großteil des österreichischen Bedarfs an Lebensmitteln gedeckt hatte, seine Agrarexporte nach dem Kriegsausbruch drastisch ein. Die problematische Situation änderte sich auch nicht, als 1917 ein „Gemeinsamer Ernährungsausschuss“ gegründet wurde, zumal für Ungarn keine Lieferverpflichtung bestand und die eigenen Interessen gegenüber den Bedürfnissen der anderen Reichshälfte überwogen.⁴

INDUSTRIE, GEWERBE UND LANDWIRTSCHAFT

Die Umstellung der Wirtschaft auf die sogenannte „Kriegswirtschaft“ hatte für viele Industriebetriebe einschneidende Veränderungen zur Folge. So wurden kriegswichtige Industriebetriebe nach dem Kriegsleistungsgesetz von 1912 zu meist militärischer Kontrolle unterstellt. Insbesondere die Metall-, Eisen- und Stahlindustrie profitierten dabei vom beginnenden Krieg und der damit verbundenen Aufrüstung. Andere Industrien, wie die Konsumgüter-, Nahrungsmittel-, Textil- und Papierindustrie, erlebten dagegen einen Rückgang der Produktion, der nicht zuletzt mit Rohstoffmangel, aber auch mit fehlenden Absatzmöglichkeiten zu begründen ist.⁵ In der gesamten Volkswirtschaft führte die Rüstungs- und kriegsbedingte Nachfrage aber zunächst zu einem Wachstumsschub,⁶ eine „Art von Prosperität, die vergessen ließ, auf welch fragwürdigen Grundlagen sie stand“.⁷ Seit 1916 kam das Wirtschaftswachstum aber zum Erliegen und wurde 1917 von einem raschen Verfall der Produktion abgelöst. Der wirtschaftliche Zusammenbruch war schließlich nicht mehr zu verhindern, die Arbeitslosenzahlen, die seit dem Beginn des Krieges drastisch zugenommen hatten, stiegen weiter an.⁸

Im Kronland Salzburg hatte der Wachstumsschub der ersten beiden Kriegsjahre aufgrund seiner geringen Industrialisierung bzw. der wenigen Rüstungsrelevanten Betriebe insgesamt keine Auswirkungen.⁹ Zu den wenigen größeren Industrieunternehmen, die am Vorabend des Ersten Weltkriegs zwischen 200 und 400 Beschäftigten zählten, gehörten die Saline, die Zellulosefabrik und die Tabakfabrik in Hallein. Eine ähnliche Bedeutung besaßen auch das Eisenwerk in Sulzau-Werfen, das Grödiger Eisenwerk „Steiner Carl & Comp.“ und die Papierfabrik in Ramingstein.¹⁰ Von diesen Betrieben hob sich die „Mitterberger Kupfer A.G.“ deutlich ab: Im Jahr 1913 beschäftigte diese über 2.000 Arbeiter. Da mit Kupfer ein für den Krieg wichtiges Produkt erzeugt wurde, konnte die Produktion sogar gesteigert und der Belegschaftsstand erhöht werden. 1917 beschäftigte das Unternehmen doppelt so viele Arbeiter wie 1913, wobei allerdings Kriegsgefangene ein Drittel der Belegschaft stellten.¹¹ Aber auch kleinere Berg- und Hüttenbetriebe des Landes erlebten aufgrund des kriegswirtschaftlichen Bedarfs einen Aufschwung, etwa der Silber- und Kupferbergbau Seekar in den Radstädter Tauern, der aufgrund des erwähnten Kriegsleistungsgesetzes „zur Überlassung zum Gebrauche der Heeresverwaltung angefordert“ wurde.¹² Dagegen geriet

- 4 Löwenfeld-Ruß Hans, Die Regelung der Volksernährung im Kriege (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs). Wien 1926, 26, 28–40, 304–306; Pattera Johanna E.: Der Gemeinsame Ernährungsausschuss 1917–1918. Phil. Diss. Univ. Wien 1971.
- 5 Sandgruber Roman, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. In: Wolfram Herwig (Hg.), Österreichische Geschichte. Wien 1995, 319, 321.
- 6 Butschek Felix, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1985, 26f.
- 7 Sandgruber, Ökonomie und Politik (wie Anm. 5), 320.
- 8 Winkler Wilhelm, Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges. (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und Ungarische Serie), hg. von der Carnegie Stiftung für internationalen Frieden, Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Wien-New Haven 1930, 44–46; Sandgruber, Ökonomie und Politik (wie Anm. 5), 320.
- 9 Dirninger Christian, Konjunkturelle Dynamik und struktureller Wandel in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Salzburg im 20. Jahrhundert. In: Geschichte Salzburgs. Stadt und Land, Bd. II/4: Neuzeit und Zeitgeschichte, hg. von Dopsch Heinz/Spatzenegger Hans. Salzburg 1991, 2761.
- 10 Köfner Gottfried, Hunger, Not und Korruption. Der Übergang Österreichs von der Monarchie zur Republik am Beispiel Salzburg. Eine sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studie. Salzburg 1980, 14.
- 11 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 14f.
- 12 SLA, Präsidialakten 1916 16/503-Schl., Zl. (nicht lesbar), k. k. Landespräsidium in Salzburg, Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Inneren. Effekten-Lotterie, darin: k. k. Ministerium für Landesverteidigung an die k. k. Landesregierung in Salzburg. Wien, 8.4.1916.

die Aluminiumerzeugung in Lend wegen Mangels an Bauxit in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zwar verfügte Österreich-Ungarn über große Bauxitvorkommen und Aluminium galt als wichtiges Ersatzmetall,¹³ die Produktion in Lend scheint aber zugunsten effektiverer Betriebe nicht förderungswürdig gewesen zu sein. Auch die Halleiner Papier- und Zellulosefabrik, die „Kellner Partington Paper Pulp AG“, erlebte einen Niedergang; bis 1917 ging die Produktion auf ein Drittel der Menge in Friedenszeiten zurück.¹⁴ Die Fabrik war allerdings ein Sonderfall, zumal sie im Besitz einer britischen Firma stand und als solche seit Ende 1914 unter staatliche Aufsicht gestellt war.¹⁵ Zwar sah eine Instruktion für den vom Handelsministerium bestellten Verwalter vor, dass dieser *den österreichischen [...], insbesondere den Interessen des österreichischen Wirtschaftslebens zu dienen habe* und der Betrieb im bisherigen Umfang weitergeführt werden musste.¹⁶ Letztlich waren aber solche Betriebe von den „Mutterunternehmen“ losgelöst und somit in ihrem wirtschaftlichen Handeln noch stärker eingeschränkt als andere Unternehmungen. Zahlungen in Auslandsstaaten durften nur in besonderen Ausnahmefällen getätigt werden und Auslandszahlungen an *feindliche Ausländer* waren ohnehin verboten, auch wenn diese ihren Sitz in neutralen Ländern hatten.¹⁷ Dazu kamen Schwierigkeiten, die alle Unternehmen betrafen: Das Transportwesen, insbesondere das Eisenbahnsystem, brach infolge von Logistikfehlern sowie der Abnutzung von Lokomotiven und Waggons, schließlich auch durch Materialverluste zusammen.¹⁸ Die Halleiner Papier- und Zellulosefabrik musste etwa ständig bei der Staatsbahndirektion in Innsbruck um die Bereitstellung von Waggons zur Zelluloseverladung ansuchen. Nicht zuletzt wegen der Erhaltung von Arbeitsplätzen bestand im *Weiterbetrieb* [der Zellulosefabrik; Anm. T. H.] *ein eminentes öffentliches Interesse*, weshalb die Ansuchen lange Zeit positiv beantwortet wurden.¹⁹

Ferner trug der Mangel an Rohstoffen und Energieträgern zum wirtschaftlichen Niedergang bei, weshalb etwa Ende 1917 der Betrieb der Halleiner Papier- und Zellulosefabrik mangels Kohlelieferungen sogar vorübergehend eingestellt werden musste.²⁰ Schließlich wirkten sich auch fehlende Aufträge auf die Wirtschaftslage aus, die unter anderem das Kleingewerbe, vor allem die Schneider, Schlosser und Sattler, betrafen. Das Baugewerbe war wegen Auftragsmangel schon vor dem Krieg mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert gewesen. Bereits 1913 habe durch die *im ganzen Kronland herrschende Geldknappheit und das dadurch bedingte Versagen des Kredites [...]* die Gefahr einer schweren wirtschaftlichen Krise bestanden. Die Ursache dieser beklagenswerten Zustände war laut Salzburger *Landesausschuss in den Massenbehebungen von Einlagen aus öffentlichen Kassen infolge der in der Bevölkerung herrschenden Kriegsfurcht* zu suchen.²¹ Während des Krieges kam das Baugewerbe dann beinahe völlig zum Erliegen, wovon auch das zuliefernde Gewerbe – Ziegeleien, Steinmetzbetriebe, Tischlereien und Zementfabriken – betroffen waren. Die Landesgenossenschaft der Baumeister schlug daher der Landesregierung vor, seitens der *Sparkassen [...]* *Geldbeträge* reservieren zu lassen, *die als Darlehen für Neubauten gewährt und auf Hypothek sichergestellt werden sollten*.²² Wird vom Baugewerbe abgesehen, gestaltete sich die Situation in Gewerbe und Handel aber besser als möglicherweise angenommen werden könnte. Einkommensverluste, die aus geringen Umsätzen und der Inflation resultierten, wurden – auch wenn die staatliche Festsetzung von Höchstpreisen hier gewisse Grenzen setzte – durch

13 Wegs Robert J., Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918. Wien 1979, 174f.

14 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 15.

15 SLA, Landesausschuss III 74/01/01–74/02/02, The Kellner Partington Aktiengesellschaft Hallein, staatliche Kontrolle 1914–1922, darin: k. k. Landespräsidium in Salzburg, Zl. 4575, Aktiengesellschaft „The Kellner Partington Paper Pulp“ – Filiale Hallein, Bestellung eines Staatsaufsichtsorgans, 24.8.1914.

16 Reichsgesetzblatt Nr. 245, vom Handelsministerium bestellten Verwalter feindlicher Unternehmungen (gedruckt), 1 (SLA, Landesausschuss III 74/01/01–74/02/02, The Kellner Partington Aktiengesellschaft Hallein, staatliche Kontrolle 1914–1922, darin: k. k. Landespräsidium in Salzburg, Zl. 19273, Betreff: Verhängung der Zwangsverwaltung über britische, französische und russische Unternehmungen, Instruktion für die im Grunde der Verordnung des Gesamtministeriums vom 29.7.1916).

17 Reichsgesetzblatt Nr. 245 (wie Anm. 16), 2.

18 Sandgruber, Ökonomie und Politik (wie Anm. 5), 322.

19 SLA, Landesausschuss III 74/01/01–74/02/02, The Kellner Partington Aktiengesellschaft Hallein, staatliche Kontrolle 1914–1922, k. k. Landespräsidium in Salzburg, Zl. 4753, 29./30.9.1914, Betreff: Zellulosefabrik Hallein – Waggonmangel.

20 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 15.

21 SLA, Präsidialakten 1915/16, „Notstand im Salzburger Baugewerbe, Maßnahmen“, k. k. Landes-Präsidium in Salzburg, Zl. 1396, 12.4.1913, Maßnahmen gegen die Behebung von Einlagen aus öffentlichen Kassen, k. k. Landesausschuss an die Vorstände der fünf Bezirkshauptmannschaften.

22 SLA, Präsidialakten 1915/16, „Notstand im Salzburger Baugewerbe, Maßnahmen“, k. k. Landes-Präsidium in Salzburg, Zl. 51, 28.12.1915, Landesgenossenschaft der Maurermeister in Salzburg, Maßnahmen gegen den Notstand im Salzburger Baugewerbe, Landesgenossenschaft der Maurermeister an die k. k. Landesregierung, 28.12.1914.

Preiskalkulationen zum Teil ausgeglichen bzw. auf die Kunden abgewälzt. Außerdem konnte das staatliche Bewirtschaftungssystem umgangen und auf den Schleichhandel ausgewichen werden.²³

Neben manchen Industrie- sowie Gewerbe- und Handelsbetrieben zählte auch die Landwirtschaft, die die wirtschaftliche Struktur des Kronlands Salzburg neben Klein- und Mittelbetrieben prägte,²⁴ zu den Nutznießern des Krieges. Zwar verzeichnete die agrarische Produktion sowohl im Bereich des Getreideanbaus als auch bei der Viehzucht einen starken Rückgang. Beim Getreideanbau waren dafür vor allem der Arbeitskräftemangel infolge der Einberufungen zur Front, die – weiter unten noch genauer zur Sprache kommende – problematische staatliche Preispolitik, sowie der Mangel an Kunstdünger verantwortlich, dessen Einfuhr durch die Blockadepolitik vollständig zum Erliegen gekommen war.²⁵ *Dass dieser enorme Ausfall in der Verwendung an Kunstdüngermittel seine Folgen haben muss*, schreibt die Salzburger Landwirtschaftsgesellschaft im Dezember 1914 an die Landesregierung, *ist selbstverständlich und wird in der Ernte des Jahres 1915 seinen Ausdruck finden. Acker und Wiesen wissen nichts von Patriotismus und sie werden leider trotz der schweren Kriegszeit auf die verminderte Nährstoffzufuhr reagieren*.²⁶ Zudem führte der Rückgang der Viehzucht zu geringeren Mengen an eigenem Stalldünger, der wegen der schlechten Fütterung noch dazu eine mindere Qualität aufwies. Hauptsächlich trugen zwei Faktoren zum Rückgang in der Viehzucht, insbesondere der Rinderzucht, bei: Erstens wirkten sich die bereits erwähnten Requisitionen des Heeres aus, auch wenn Salzburg zu jenen Kronländern gehörte, die davon am wenigsten betroffen waren. Und zweitens löste in Salzburg der steigende Konsum von – zum Großteil minderwertigem – Fleisch die Mehlsprodukte als traditionelles Hauptnahrungsmittel ab. Von den Alpenländern besaß Salzburg neben Tirol ohnehin den höchsten Anteil an unproduktiven Landesflächen. Die Eigenversorgung mit Mehl konnte schon vor dem Krieg bei weitem nicht gedeckt werden, weshalb das Kronland auf Einfuhren angewiesen war. Die bereits erwähnte staatliche Preispolitik hielt nun die Getreidepreise niedrig, während die Viehpreise anstiegen. Die Bauern stellten daher vermehrt auf Rinderzucht um, wobei diese allerdings keineswegs nachhaltig betrieben wurde. So beklagten die Bauern die hohen Futtermittelpreise und niedrigen Milchpreise, die es *ungeheuer schwer* machten, *eine noch so gut zu melkende Kuh in ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten*. Daher würden *die besten Kühe frühzeitig, da sie nicht mehr ertragsfähig sind, dem Hammer übergeben* und geschlachtet.²⁷ Die Rinderzahlen nahmen in der Folge ab, ebenso die Ackerbauflächen, weil sich die Egartenwirtschaft zwischen 1913 und 1917 um über 43 % erhöhte.²⁸ Um die Rinder wenigstens halbwegs zu ernähren, musste der Boden abwechselnd durch ein oder mehrere Jahre als Acker-, dann wieder als Grünland bzw. Futterfläche genutzt werden.

Neben der vermehrten Umstellung auf Viehzucht versuchten die Bauern, die rückgängige agrarische Produktion über die Preise auf den Abnehmer abzuwälzen. Ferner profitierten sie, ähnlich wie die Gewerbe- und Handelstreibenden, vom Handel auf dem Schwarzmarkt. Tatsächlich kam es im Verlaufe des Krieges trotz des Produktionsrückgangs zu einer finanziellen Besserstellung der Bauern, die dadurch sogar – zumal diese auch die Inflation nutzen konnten – ihre Hypothekarschulden frühzeitig tilgen konnten.²⁹ Ohne Zweifel waren die Umstellungen in der Landwirtschaft, nicht zuletzt auch aufgrund der zunehmenden staat-

23 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 15f.

24 1910 betrug der Anteil der Erwerbstätigen im primären Wirtschaftssektor, der Landwirtschaft, noch über 50 Prozent, während sich die Anteile im sekundären (Industrie und produzierendes Gewerbe) sowie im tertiären Sektor (Dienstleistungen inklusive öffentlicher Dienst) relativ gleichmäßig aufteilten. Dirninger, Konjunkturelle Dynamik (wie Anm. 9), 2752.

25 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 34–37.

26 SLA, LRA 1910/19 XII A 5, Zl. 1176, 1914, Central-Ausschuß der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Salzburg an die Hohe k. k. Landesregierung, 22.12.1914.

27 SLA, LRA 1910/19 XXVI 1, 1916, Dept. II, Zl. 16310, 19.9.1916, Resolution der Vorsteher von 15 Gemeinden des politischen Bezirks Salzburg-Umgebung bezüglich Viehpreise, Milchversorgung und Bierausschank.

28 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 34–37, 39f.

29 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 16, 35f.

lichen Eingriffe in die Wirtschaft, für die Bauern recht einschneidend. Während aber die Bauernschaft die Kriegsjahre letztlich relativ gut bewältigen konnte, war die unselbständige Bevölkerung zunehmend von Mangel und Hunger betroffen.

DAS STAATLICHE BEWIRTSCHAFTUNGSSYSTEM

Wie bereits eingangs erwähnt, lag eines der zentralen Probleme der Kriegswirtschaft bei den nur allmählichen und unstrukturierten bzw. lückenhaften staatlichen Eingriffen. Zunächst wurde daher ein Weg eingeschlagen, der zwischen Verstaatlichung und Privatisierung lavierte: Sogenannte „Zentralen“ zur Beschaffung industrieller Rohstoffe wurden eingerichtet, die zwar privatwirtschaftlich organisiert waren, aber gemeinnützigen Zwecken dienen sollten. Bereits 1914 war zum Beispiel die „Häute- und Lederzentrale AG“ auf Initiative des Handelsministeriums gegründet worden, die Führung der Zentrale war allerdings privatwirtschaftlich organisiert. Im Nahrungsmittelbereich blieb eine solche – zumindest partielle – staatliche Intervention noch aus und beschränkte sich auf die Regulierung des Marktes. Dazu diente eine kaiserliche Ermächtigungsverordnung vom Oktober 1914, die der Regierung zahlreiche, zunächst jedoch nur wenig genutzte Eingriffsmöglichkeiten offen ließ.

Auf Basis der Ermächtigungsverordnung wurden etwa die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle sowie die Streckung von Mehlvorräten mit billigeren Gersten-, Mais- und Kartoffelwalzmehl geregelt. 1915 legte eine Verbrauchsquote eine tägliche Abgabe von 200 Gramm bei Mahlprodukten bzw. 280 Gramm bei Brot fest. Lediglich die Produzenten, die sogenannten „Selbstversorger“, erhielten täglich 300 Gramm Getreide.³⁰ Die Ermächtigungsverordnung ermöglichte ferner die Festsetzung von Höchstpreisen für landwirtschaftliche Produkte, wobei eine solche aber erst erfolgte, als die Teuerungen bereits ein hohes Niveau erreicht hatten. Brot und Mehl waren daher kaum noch unter dem Höchstpreis zu erwerben und für ärmere Bevölkerungsgruppen oft nicht mehr erschwinglich. Viele preisbeschränkte Produkte gelangten zudem in den Schwarzmarkthandel.³¹

Im Jahr 1917, als das Parlament nach dreijähriger Pause wieder zusammentrat,³² wurde die kaiserliche Ermächtigungsverordnung durch ein Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz ersetzt (das im Übrigen 1933 von der Regierung Dollfuß zur Abschaffung der Demokratie benutzt wurde). Weiterhin wurde damit der Regierung ein weiter Entscheidungsspielraum gelassen, weil man die Behandlung der ökonomischen und sozialen Probleme im Parlament offenbar als zu langwierig einschätzte.³³ Allein mit Verordnungen hatte sich aber die katastrophale Ernährungssituation, gerade angesichts einer drohenden Hungerkatastrophe im Winter 1915, nicht mehr regeln lassen. Vor allem die Getreideversorgung musste zentral organisiert werden, weshalb eine eigene Zentrale, die „Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt“, gegründet wurde. Im Gegensatz zu den Zentralen, die zur industriellen Rohstoffversorgung dienten, hatte sich darin der Staat einen starken Einfluss gesichert. Aufgabe der „Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt“ war es, Getreidevorräte anzulegen, für die Verteilung und Ausgabe von Getreide zu sorgen sowie die Getreidepreise zu regeln. Damit erfolgte auch die

30 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 89.

31 Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik (wie Anm. 3), 84, 90.

32 Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh hatte im März 1914, infolge von Obstruktionen, die Session des Reichsrats geschlossen und regierte fortan mit kaiserlichen Notverordnungen. Erst Kaiser Karl I. berief den Reichsrat für den 30.5.1917 wieder ein.

33 Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik (wie Anm. 3), 226.

Monopolisierung des Getreidehandels: Auf dem Weg einer Verkaufspflicht an die „Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt“ wurde die Getreideernte im Jahr 1915 beschlagnahmt, wobei allerdings der Eigenbedarf für Bauern ausgenommen war. In den Kronländern erfolgte dafür die Gründung von eigenen Landesstellen, die mit dem Ankauf des Getreides beauftragt waren. Verschleißpreise wurden festgelegt, Groß- und Kleinverschleißstellen gaben die Mahlprodukte an die Händler bzw. Konsumenten ab.³⁴ Neben der „Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt“ wurden auch für andere Lebensmittel „Zentralen“ geschaffen: 1915 etwa eine Zuckerzentrale, eine Spirituszentrale, eine Brauerzentrale und eine Kaffeezentrale, ein Jahr später für Gemüse, Obst und Kaffee und 1918 für Vieh und Fleisch. Zusammen mit den Zentralen für die industrielle Rohstoffbeschaffung lenkten zuletzt 91 Zentralen die Kriegswirtschaft. Die Lebensmittelzentralen, die seit 1915 gegründet wurden, standen jedoch unter direkter staatlicher Aufsicht, indem sie entweder weisungsgebunden waren oder durch Regierungskommissionen kontrolliert wurden.³⁵ Als Basis für die Zentralen und die „Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt“ dienten die Gemeinden, die sich dazu allerdings nur bedingt eigneten, war doch die Gemeindevertretung als Exekutivorgan viel zu stark mit den Bevölkerungsteilen verbunden, die von den Verordnungen betroffen waren.³⁶ Diesen Zentralen wurde von Seiten der Landwirtschaft, des Handels und des Gewerbes die Verantwortung für die schlechte Nahrungsmittelversorgung zugeschoben. Ohne Zweifel war das System der Zentralen weit weg von einer optimalen Lösung der Versorgungsfrage, die Kritik richtete sich aber vor allem auf die damit verbundene Einschränkung wirtschaftlicher Handlungsfreiheit und hatte somit privatwirtschaftliche Motive. Dazu kamen noch antisozialistische Beweggründe, da sich die Sozialdemokraten durchaus für eine zentrale Bewirtschaftung der Lebensmittelversorgung erwärmten.³⁷ In Salzburg wurde die Kritik an den Zentralen, den *Pestbeulen am deutschen Volkskörper und am Marke Österreichs*,³⁸ ausgesprochen untergriffig geführt und noch zusätzlich durch eine antisemitische Hetze begleitet.³⁹

Als sich die Versorgungslage 1916 zusehends verschlechterte, versuchte die Regierung, den gesamten Ernährungsbereich zu vereinheitlichen. Eine interministerielle Approvisionierungskommission wurde eingerichtet, in der das Ackerbauministerium (zuständig für die Viehzucht), das Handelsministerium (zuständig für Fett- und Zuckerwirtschaft) und das Innenministerium (zuständig für alle weiteren Approvisionierungsangelegenheiten) kooperieren sollten. Im Oktober 1916 wurde zudem im Innenministerium ein Ernährungsamt eingerichtet. Alle diese Bemühungen blieben aber unbelohnt, weil die Zentralisierungsversuche viel zu spät erfolgten und die Kompetenzaufsplitterung nur teilweise aufgehoben werden konnte.⁴⁰ Erst im November 1916 erfolgte mit der Gründung des Amtes für Volksernährung eine weitgehende Zentralisierung der Nahrungsmittelversorgung. Alle Institutionen der Nahrungsmittelwirtschaft, auch die „Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt“, wurden diesem Amt unterstellt, zudem ein eigener „Ernährungsrat“ mit beratender Funktion eingeführt.⁴¹

Im März 1917 ordnete das Amt für Volksernährung auf Landes- und Bezirksebene die Errichtung von Wirtschaftsämtern an. Auf Gemeindeebene wurden sie lediglich empfohlen. Nach dem Vorbild des im Amt für Volksernährung eingerichteten Ernährungsrates sollten „Wirtschaftsräte“ die Wirtschaftsämter fachlich beraten und die Bevölkerung zum Beispiel über Vorratshaltung und

34 Grandner, *Kooperative Gewerkschaftspolitik* (wie Anm. 3), 87–90.

35 Grandner, *Kooperative Gewerkschaftspolitik* (wie Anm. 3), 121f; Sandgruber, *Ökonomie und Politik* (wie Anm. 5), 325.

36 Löwenfeld-Ruß, *Die Regelung der Volksernährung* (wie Anm. 4), 80f.

37 Köfner, *Hunger* (wie Anm. 10), 56f.

38 Ruperti-Kalender 1919, 85f.

39 Köfner, *Hunger* (wie Anm. 10), 56.

40 Löwenfeld-Ruß, *Die Regelung der Volksernährung* (wie Anm. 4), 288; *Denkschrift über die von der k. k. Regierung aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen*, 3. Wien 1917, 50f.

41 Grandner, *Kooperative Gewerkschaftspolitik* (wie Anm. 3), 134.

Konsumbeschränkungen aufklären. In diesen Wirtschaftsräten waren auch Vertreter der Konsumenten und der ärmeren Bevölkerung vertreten. Die Zentralregierung erhoffte sich dadurch, auf regionaler und lokaler Ebene mehr Vertrauen in ihre Ernährungspolitik zu schaffen.⁴² Der Erfolg dieser Institutionen blieb aber beschränkt,⁴³ nicht zuletzt weil sie nur beratende Funktion besaßen und – etwa durch die Übernahme der Lebensmittelverteilung – als verlängerter Arm der kritisierten und zum Teil durchaus verhassten staatlichen Ernährungsverwaltung galten. In manchen Salzburger Gemeinden stieß auch die Beteiligung der Arbeiterschaft an den Wirtschaftsräten auf den Widerstand bürgerlicher Kreise.⁴⁴

Als Vollzugsorgane des Amts für Volksernährung fungierten in den Kronländern Ernährungsinspektoren, die zumeist aus der Beamtenschaft der Finanzaufsicht rekrutiert wurden und nur wenig Erfahrung für diese Tätigkeit mitbrachten. Der Salzburger Ernährungsinspektor, Dr. Ehrenberger, und seine „Aufnahmsorgane“ waren zudem, wie viele ihrer Kollegen in anderen Kronländern, durch die Fülle der Aufgaben überlastet.⁴⁵ Nur einige dieser Aufgaben seien hier angeführt: Unter anderem mussten Probemelkungen vorgenommen, die Milchbestände, Melkkühe und Milchkannen registriert sowie Butter und Käse beschlagnahmt werden. Zudem waren die am Felde befindlichen „Getreidemandeln“ zu zählen, um die Produktionsmenge der Bauern abzuschätzen und ein Umgehen von Abgabequoten zu vermeiden. Ferner wurden die Anbauflächen für Kartoffeln ermittelt, das Getreide abgenommen, die Rinder in den Stallungen und auf den Almen gezählt und die Einhaltung fleischloser Tage kontrolliert, die von der Landesregierung verordnet wurden.⁴⁶

Nicht selten griffen daher die Salzburger „Aufnahmsorgane“ auf die Gendarmerie zurück, die allerdings *ob dieser bestimmungswidrigen Inanspruchnahme* um ihr Ansehen fürchtete. Bisher sei *die Gendarmerie ein von den anständig denkenden Leuten geachtetes und angesehenes Institut* gewesen, *das auch das volle Vertrauen der Bevölkerung genoß*. Nun stünde ihr aber *die Bevölkerung [...] nicht nur nicht sympatisch [sic!] gegenüber, sondern es sind die Gendarmen auch bei den ihr immer gut gesinnten Elementen vielfach verhaßt [sic!]*.⁴⁷ Und tatsächlich hatten die Gendarmen nun Arbeiten zu verrichten, die zum einen keineswegs ihren Aufgaben entsprachen und zum anderen die Bevölkerung gegen sie aufbrachten. Bei der Kontrolle der fleischlosen Tage musste etwa *der vollständig gerüstete Gendarm mit aufgepflanztem Bajonett von Küche zu Küche gehen, in die Töpfe sehen und so dem Publikum ein recht unmilitärisches Schauspiel bieten*. Um den Schwarzmarkthandel zu unterbinden, wurden die Gendarmen zu Rucksackkontrollen angehalten. Bei der Getreideabnahme war zudem sämtliches Getreide bei den Bauern abzuwägen, das Saatgut und die Verbrauchsmengen zu berechnen und die Heumengen zu schätzen. Die Häuser der Bauern mussten nach verstecktem Getreide abgesucht werden, wobei die Gendarmen *alle möglichen und oft gefährlichen Stiegen und Leitern mit voller Rüstung* erklimmen und *unzugängliche Schlupfwinkel* durchstöberten. Bei den Hühnerzüchtern mussten in manchen Fällen auch Eier eingehoben werden.⁴⁸ Resigniert schrieb daher das „Aufnahmsorgan“ Konrad Weber an die Bezirkshauptmannschaft Zell am See, dass er *allein alle Arbeiten doch nicht werde besorgen können*. Da sich *die Gendarmerie [...] nicht verwenden* lasse und er diese weder als *Wegweiser*, als *Aufsichtsorgan* noch zu seinem *persönlichen Schutz* benötige, werde er von *einer Beiziehung vorläufig* absehen und sich *mit einem anderen Vertrauensmann*

42 Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik (wie Anm. 3), 244f.

43 Redlich Joseph, Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkrieg (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Ersten Weltkriegs). Wien 1935, 176.

44 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 67.

45 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 71.

46 SLA, LRA 1910/19 IX H 7, Zl. 11718, 1918, k. k. Ministerium des Inneren an den k. k. Statthalter/Landespräsidenten in Salzburg, 19.11.1917.

47 SLA, LRA 1910/19 IX H 7, Zl. 11718, 1918 (wie Anm. 46).

48 SLA, LRA 1910/19 IX H 7, Zl. 11718, 1918 (wie Anm. 46).

aus der Gemeinde abhelfen.⁴⁹ Allerdings durften Hilfskräfte – nicht zuletzt aus Kostengründen – nur *ausnahmsweise in besonders rücksichtswürdigen Fällen* verwendet werden.⁵⁰ Der Eingriff des Staates und die Zentralisierung der Versorgungswirtschaft kamen zu spät, Kompetenzen und Aufgabenbereiche waren stark aufgesplittert und verhinderten letztlich ein effektives Vorgehen von staatlicher Seite. Am Ende des Krieges verfügte das Ernährungswesen über einen riesigen Apparat von Behörden, Ämtern, Kommissionen und Beratungsgremien (vgl. Abb. 1), dessen Erfolg allerdings bescheiden blieb. Die Maßnahmen der Regierung fanden aufgrund ihrer Ineffizienz nur beschränkte Unterstützung in der Bevölkerung, die sich vielfach die notwendigen Lebensmittel und Güter des alltäglichen Lebens durch Umgehung der Vorschriften, unter anderem auf dem Schwarzmarkt, besorgen mussten.⁵¹

Die Bauern und Gewerbetreibenden, von denen viele ihre Produkte auch im Schleichhandel verkauften, profitierten davon. Dennoch sahen sie sich durch die Versuche der staatlichen Regulierungen in ihrer wirtschaftlichen Handlungsfreiheit und ihren privatwirtschaftlichen Interessen eingeschränkt und opponierten gegen die Zentralisierung. Dabei brachten manche Bestimmungen gerade der Bauernschaft eine durchaus privilegierte Stellung. So wurde in der Getreidewirtschaft zwischen „Selbstversorgern“, der Bauernschaft, und „Nichtselbstversorgern“ unterschieden. Erstere waren bei Rationierungen bevorzugt, indem für sie größere Verbrauchsmengen festgelegt wurden und die Selbstversorgerquote während des gesamten Krieges gleich hoch blieb. Lediglich die Nichtselbstversorger waren daher von der abnehmenden Getreideproduktion betroffen, da die Requirierung von Getreide erst erfolgte, nachdem der Eigenbedarf der Produzenten abgezogen worden war.⁵² In der österreichischen Reichshälfte betrug der Anteil der „Selbstversorger“ durchschnittlich 36 Prozent, in Salzburg knapp 25 Prozent.⁵³ Es ist anzunehmen, dass die Selbstversorger – auch wenn etwa „Getreidemandeln“ von den „Aufnahmsorganen“ gezählt werden mussten – zum Teil mehr als die vorgesehene Quote für sich beanspruchten.⁵⁴ Die Einführung eines zentralen Systems, das den Einzug der gesamten Ernteerträge und schließlich die gleichmäßige Aufteilung auf die gesamte Bevölkerung ermöglicht hätte, war aber offenbar nicht durchsetzbar. Der Nationalökonom und Wirtschaftsjournalist Gustav Stolper hatte ein solches System 1917 diskutiert,⁵⁵ und auch die Sozialdemokraten standen der zentralen Bewirtschaftung durchaus positiv gegenüber. Von Seiten der Landwirtschaftskammer wurde sie aber beispielsweise in Salzburg heftig abgelehnt.⁵⁶

AUSWIRKUNGEN DER KRIEGSWIRTSCHAFT AUF DEN ALLTAG UND DIE SOZIALE LAGE

Nicht nur in Salzburg täuschten zunächst die Kriegseuphorie und die Hoffnung, der Krieg würde bald wieder zu Ende sein, über die sich anbahnenden Probleme hinweg. Edelmetalle wurden etwa unter dem Motto „Gold gab ich für Eisen“ gegen Erinnerungsringe eingetauscht, zum einen um *die metallischen Grundlagen unseres Geldwesens zu verstärken, zum anderen zur Bezahlung der für die Kriegsführung notwendigen ausländischen Rohstoffe und Fabrikate*.⁵⁷ Der Mangel an Metallen, die wegen des Krieges nicht aus dem Ausland importiert werden konn-

Nächste Seite:

Abb. 1: Institutionen und gesetzliche Grundlagen der Versorgungswirtschaft (Entwurf Th. Hellmuth)

Anm.: Die Grafik führt nur jene Institutionen an, die im vorliegenden Beitrag erwähnt werden. Der Versorgungsapparat war größer und verfügte über zahlreiche andere Institutionen, Kommissionen und Beratungsgremien.

49 SLA, LRA 1910/19 IX H 7, Zl. 11718, 1918, Aufnahmsorgan, Konrad Weber, an die Bezirkshauptmannschaft in Zell am See, 2.12.1917, Zl. 13046/E.

50 SLA, LRA 1910/19 IX H 7, Zl. 11718, 1918, k. k. Landesregierung an alle politischen Bezirksbehörden, Zl. 13046/E, 9.12.1917.

51 Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik (wie Anm. 3), 244, 248.

52 Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik (wie Anm. 3), 138.

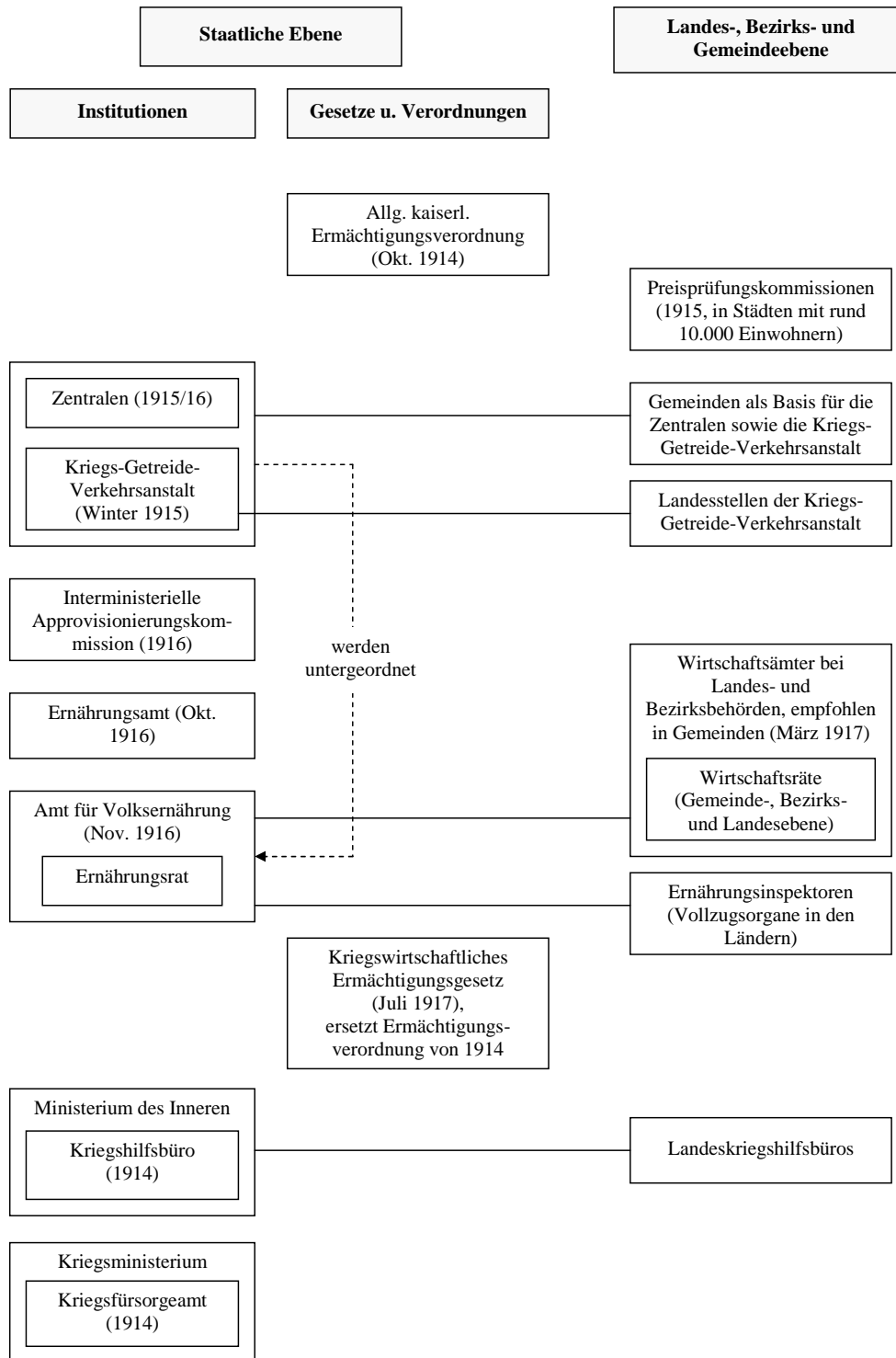
53 Löwenfeld-Ruß, Die Regelung der Volksernährung (wie Anm. 4), 123f, 329f, 337.

54 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 54f.

55 S[tolper] G[ustav], „Nahrungsfürsorge“. In: Der Österreichische Volkswirt 9 (1917), 382f.

56 Salzburger Landwirtschaftsblätter, 1.7.1918, 4.

57 Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg XIV (20.11.1915), 120.



ten, sollte durch Sammlungen *verschiedener alter, aus Kupfer, Zink, Messing etc. bestehender, nicht mehr gebrauchter Gegenstände* zumindest teilweise behoben werden. Große Teile der Bevölkerung gaben noch gerne, der Patriotismus war unmittelbar nach dem Kriegsbeginn groß. Unter der Mitwirkung der Regierung gründete sich in Wien ein „Zentralkomitee“, in jeder Gemeinde zudem „Lokalkomitees“, die *unter tätiger Mithilfe der Schuljugend* Haussammlungen durchführten. Die Seelsorger sollten gleichsam von der Kanzel herab, *durch entsprechende Einwirkung auf die Bevölkerung*, zum Erfolg der Aktion beitragen.⁵⁸ Bald wurde aber offenbar, dass die völlige Unterordnung der Ökonomie unter die Anforderungen der Kriegsführung auch den Alltag der Menschen negativ beeinflusste, Verunsicherung hervorrief und die Lebensqualität drastisch verschlechterte. Einige Beispiele sollen diese Entwicklung verdeutlichen: Der erwähnte Metallmangel der Rüstungsindustrie führte letztendlich zu Requisitionen, die in die Lebenswelt der Bevölkerung stark eingriffen, Ängste schürten und auch Widerstand erzeugten. Bereits 1915 schrieb eine Ministerialanordnung vom 23. September vor, mit Ausnahme von Fabrikanlagen alle Metallgeräte, von Töpfen über Pfannen bis zu Vorhangstangen, bei Gewerbebetrieben und von Privaten einzuziehen. Auf Landesebene wurde eine „Controllkommission“ eingerichtet, in den Gemeinden sollten „Übernahmskommissionen“ für den reibungslosen Ablauf der Requisitionen sorgen.⁵⁹ Nicht ganz zu Unrecht befürchteten aber die Apotheker, dass auch Geräte, die zur Herstellung von Medikamenten dienten, davon nicht ausgenommen waren. Im *Interesse einer öffentlichen Sanitätspflege* konnten diese zwar von einer Beschlagnahme bewahrt werden,⁶⁰ dennoch schürten solche Anordnungen große Unsicherheit in der Bevölkerung. Nicht beruhigend wirkten auch die *strengen Strafbestimmungen gegen unberechtigte Zurückhaltung von abgabepflichtigen Metallgegenständen*.⁶¹ Der „Kriegsabsolutismus“⁶² verhielt für den sozialen Frieden nichts Gutes; tatsächlich nahm die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu und sollte sich, wie noch besprochen wird, seit 1916 zunehmend in offenen Protesten entladen.

Ähnlich wie mit den Metallrequisitionen verhielt es sich wohl auch mit der von Oktober 1915 bis April 1916 erfolgten *Beschlagnahme von Gummibereifung*, die den Bedarf an Autoreifen in der Armee decken sollte. Nur selten wurden Befreiungen von der Abgabe erteilt, weshalb offenbar *in mehreren Filialen* der Besitz von Reifen *verheimlicht* und diese *nicht abgeliefert wurden*. Daher sollte *allen jenen mit strengen Strafen gedroht werden, die ohne Nachweis der Befreiung die Materialien nicht längstens bis 10. Mai* [1916; Anm. T.H.] *abgeliefert haben*.⁶³ Ein solches Vorgehen konnte in der Bevölkerung durchaus zu Verunsicherung und zur Ablehnung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen führen, auch weil damit öffentliche Interessen bedroht waren. So wurde etwa ein Ansuchen der Freiwilligen Feuerwehr Hallein abgelehnt, beim „Puchwagen-(Automobil)“ des Fahrradhändlers Friedrich Simon eine Ausnahme zu gewähren. Das *Kraftfahrzeug sei schon des öfteren [sic!] als Krankentransportwagen in Verwendung genommen worden und bei der heutigen, ungemein schwierigen Beschaffung von Pferdeworgespann für unseren Krankentransportwagen ein geradezu unentbehrliches Gerät unserer Rettungsabteilung geworden*.⁶⁴ Zuvor war allerdings ein Ansuchen des Roten Kreuzes genehmigt worden, das Auto von Henry Davis, der die Halleiner Zellulosefabrik bis zu deren staatlichen Übernahme im August 1914 als Generaldirektor geleitet hatte, von den Requisitionen zu befreien. Angeblich

58 Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg IV (3.4.1915), 43.

59 SLA, Präsidialakten 1915/16, k. k. Landespräsidium in Salzburg, Zl. 10614 etc., Juni/Juli 1916, Ablieferung von Metallgeräten.

60 SLA, Präsidialakten 1916 16/503-Schl., Zl. [nicht lesbar], k. k. Landespräsidium in Salzburg, Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Inneren. Effekten-Lotterie, Apothekergremium des Kronlandes Salzburg an die k. k. Landesregierung Salzburg, Zl. 12861, 4.10.1915.

61 SLA, Präsidialakten 1915/16, k. k. Landespräsidium in Salzburg, Zl. 10614 etc., Juni/Juli 1916, Ablieferung von Metallgeräten.

62 Hanisch, *Der lange Schatten* (wie Anm. 1), 205f.

63 SLA, Präsidialakten 1916 16/503-Schl., Zl. 13322, Ablieferung der Fahrzeugbereifung seitens des k. k. Landespräsidiums Salzburg, k. u. k. Militärkommando in Innsbruck an die k. k. Landesregierung in Salzburg, Innsbruck, 19.4.1916.

64 SLA, Präsidialakten 1916 16/503-Schl., Zl. 13322, Ablieferung der Fahrzeugbereifung seitens des k. k. Landespräsidiums Salzburg, Rettungsabteilung der freiw. Feuerwehr Hallein an die wohlhlöbliche k. k. Bezirkshauptmannschaft Hallein, 25.10.1915.

besorgte dieses Auto die Transporte der Verwundeten des k. u. k. Notreservespitals und der Privatpflegestätte vom Roten Kreuze in der Villa Davis⁶⁵ von und zum Bahnhof und war mit Rücksicht auf den raschen und klaglosen Transport ganz besonders jetzt bei dem Mangel an Pferden eine Notwendigkeit.⁶⁶

Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen bewirkten einen Bruch mit lokalen oder regionalen Gewohnheiten und Bräuchen. So stieß die Beschlagnahme von Kirchenglocken für Militärzwecke, die ein Erlass des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom Mai 1916 vorsah, nicht unbedingt auf einhellige Zustimmung. Zum einen kam es zu Beschwerden seitens der betroffenen Pfarren, da sie von den beauftragten Unternehmen von der Abnahme nicht rechtzeitig informiert worden waren; zudem klagten sie darüber, dass keine Vertreter der Heeresverwaltung bei der Abnahme anwesend waren und sie keine Bestätigungen erhalten hatten.⁶⁷ Zum anderen ist wohl anzunehmen, dass mit der Abnahme der Kirchenglocken auch ein zumindest partieller Eingriff in die dörfliche Lebenswelt erfolgte. Im Zusammenhang mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft in Frankreich des 19. Jahrhunderts hat Alain Corbin den kollektiven Identitätsbruch beschrieben, den die Abnahme von Glocken in der ländlichen Bevölkerung bedeutete: „Das Lesen der klanglichen Umwelt war damals Teil des Prozesses, in dem die Identität, die individuelle wie die kommunitaristische, hergestellt wurde. Das Glockenläuten war die Sprache eines Kommunikationssystems, das nach und nach zerfallen ist. Es regelte nach einem heute vergessenen Rhythmus die Beziehungen zwischen den Menschen sowie die zwischen den Lebenden und den Toten.“⁶⁸ Es ist anzunehmen, dass dieser Rhythmus zur Zeit des Ersten Weltkriegs auch in Salzburg – zumindest noch zum Teil – existierte.

Neben den Verunsicherungen und den damit wohl auch oftmals einhergehenden Identitätsbrüchen ist schließlich die soziale Situation zu erwähnen, die sich im zunehmenden Maße verschlechterte. Um überhöhte Preise auf Lebensmittel zu verhindern, waren 1915 „Preisprüfungskommissionen“ bei allen Landesbehörden und in Städten mit mindestens 1.000 Einwohnern gegründet worden. Sie setzten sich paritätisch aus Produzenten, Händlern und Verbrauchern zusammen und fungierten als beratende Organe der Landes-, Bezirks- und Gemeindebehörden. Dennoch waren 1918 die Lebenshaltungskosten um das 13- bis 15fache höher als in Friedenszeiten.⁶⁹ Der Rückgang der Getreideproduktion führte dazu, dass Salzburg immer mehr von der gesamtstaatlichen Mehlversorgung abhängig wurde. In Ballungszentren waren Mahlprodukte – nicht nur in Salzburg – bald nur noch zu bestimmten Quoten an bestimmten Abgabestellen, den sogenannten „Verschleißstellen“, zu erhalten.⁷⁰ Aber auch bei anderen Lebensmitteln kam es zu Rationierungen: Fleisch war zum Beispiel kaum noch verfügbar, weshalb 1918 eine Wochenquote von 50 Dekagramm festgelegt wurde.⁷¹ Fleischlose Tage waren ohnehin seit 1916 üblich, Mitte Mai 1918 musste in der Stadt Salzburg aber auch eine fleischlose Woche veranlasst werden. Mit dem Rückgang der Nutz- bzw. Milchkühe ging auch die Milchversorgung zurück, weshalb die Anfang 1918 festgelegte Quote von einem Viertelliter pro Tag im April bereits auf ein Achtel reduziert wurde. Ferner war die Fettversorgung nicht mehr zu gewährleisten und daher eine monatliche butterlose Woche notwendig. Katastrophal gestaltete sich auch die Versorgung mit Kartoffeln.⁷²

Unter diesen Umständen war der Widerstand gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten, vor allem wenn die zunehmende Kluft zwischen Arm und

65 Als die britische Firma unter staatliche Aufsicht gestellt wurde, musste Henry Davis als britischer Staatsbürger in die Stadt Salzburg übersiedeln. Die Arbeiterschaft der Zellulosefabrik solidarisierte sich mit ihm und bedauerte „auf das Lebhafteste [...], dass ihr von vornherein nicht die Möglichkeit geboten war, in lojaler [sic!] Weise auf die Hintanhaltung obiger Massnahme hinzuwirken. Während der beiläufig 23-jährigen [sic!] Anwesenheit hat uns Herr General-director Davis immerwährend das grösste Wohlwollen entgegengebracht und habe sich auch die Wechselbeziehungen zwischen Vorgesetzten und Arbeiterschaft auf das Allerbeste ausgebaut. Durch Abwesenheit unseres Herrn Generaldirectors sind wir der besten Stütze beraubt, seiner Vorsorge und seinen Anordnungen zufolge haben wir es zu verdanken, dass Notstandsarbeiten durchgeführt werden können und so vielen Familien während dieser schweren Zeit geholfen ist.“ (SLA, Landesauschussakten III 74/01/01–74/02/02, The Kellner Partington Aktiengesellschaft Hallein, staatliche Kontrolle 1914–1922, Schreiben der Arbeiterschaft der Zellulosefabrik Hallein an die hohe k. k. Landesregierung Salzburg, Zl. 5013, 10.9.1914).

66 SLA, Präsidialakten 1916 16/503-Schl., Zl. 13322, Ablieferung der Fahrzeugbereifung seitens des k. k. Landespräsidiums Salzburg, Landes-Hilfsverein vom Roten Kreuz für das Herzogtum Salzburg an die löbliche k. k. Bezirkshauptmannschaft Hallein, Oktober 1915. Zur Genehmigung des Antrags siehe: Ebenda, k. u. k. Militärkommando in Innsbruck an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Hallein, Innsbruck, 24.10.1915.

67 Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg XIV (25.10.1916), 326–328.

68 Corbin Alain, Die Sprache der Glocken. Ländliche Gefühlskultur und symbolische Ordnung im Frankreich des 19. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1995.

69 Popovics Alexander, Das Geldwesen im Kriege. Wien 1925 (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs).

70 Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik (wie Anm. 3), 139f.

71 Salzburger Chronik, 4.3.1918; Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 45.

72 Köfner, Hunger (wie Anm. 10), 30, 45f.

Reich⁷³ deutlich wurde, vorprogrammiert. So machte sich etwa im Sommer 1917 in der einheimischen, *insbesondere minderbemittelten Bevölkerung von Badgastein [...] ein begreiflicher Unmut über die kostspielige Lebenshaltung des Kurpublikums bemerkbar*. Um einen Ausgleich während der jetzigen aussergewöhnlichen [sic!] Verhältnisse herzustellen, wurden daher der Gemeinde Badgastein aus Kurfondsmitteln 15.000 Kronen zur Verfügung gestellt, um Lebensmittel für die einheimische Bevölkerung anzukaufen. Für diese Entscheidung der Kurverwaltung scheinen allerdings nicht allein philanthropische Überlegungen ausschlaggebend gewesen zu sein. Beim Kurpublikum war nämlich Verstimmung aufgetreten, weil trotz fehlender Kurmusik die volle Kurtaxe entrichtet werden musste. Die freizügige Spende an die ärmere Bevölkerung sollte diese wohl verstummen lassen.⁷⁴

Aufgrund der schlechten Ernährungslage regte sich auch in der industriellen Arbeiterschaft zunehmend Unzufriedenheit. Im März 1917 wurde eigens eine „k. k. Beschwerdekommision“ eingerichtet, die für Entlohnung und Arbeitsbedingungen zuständig war. *Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse können daher keine Ursache von Streiks mehr sein*, ließ das Ministerium des Inneren in einer Kundmachung verlautbaren. *Die Arbeiterschaft darf aber auch hinsichtlich der Verpflegung keine unbilligen Wünsche und noch weniger Forderungen stellen, deren Erfüllung im dritten Kriegsjahre vollkommen unmöglich ist.*⁷⁵ Unzufriedenheit, Unruhen und Demonstrationen bzw. Aufstände konnten auf diese Weise freilich nicht verhindert werden. Im November 1916 waren bereits 200 Halleiner Arbeiterfrauen wegen der schlechten Zuckerversorgung vor die Bezirkshauptmannschaft gezogen. Frauen hatten traditionell für die Ernährung der Familien zu sorgen, weshalb sie bei Lebensmittelknappheit nicht selten Proteste anführten. So wurden etwa auch bei einer Demonstration von Arbeiterfrauen in Maxglan im Juli 1917 zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert und Vorräte aus Lebensmittelhandlungen entwendet. Im April und im Sommer desselben Jahres traten die Werkstättenarbeiter der Stadtbahnen in einen Lebensmittelstreik. Ein Streik der Arbeiterschaft der Mitterberger Kupfer AG im Juli 1917 konnte nur durch Lebensmittelzuschüsse beendet werden. Im August 1917 kritisierte sie aber neuerlich die unzureichende Abgabe von Lebensmitteln: [...] *speziell ersuchen wir, dass uns reichlich Hülsenfrüchte und Kartoffeln zugewiesen werden, und zwar so bald wie nur möglich, weil bei der anstrengenden Grubenarbeit mit Tag- und Nachtschicht eine ungenügende Nahrung nur dazu geführt hat, dass wir nicht mehr arbeitsfähig sind.*⁷⁶ Zugleich wiesen die Arbeiter darauf hin, dass beispielsweise beim Salzbergwerk Hall in Tirol größere Mengen an Mehl zur Verteilung gekommen seien und forderten gleiche Mehrlationen. Im letzten Kriegsjahr nahmen die Unruhen und Streiks zu und kulminierten am 19. September 1918 in einer Demonstration, die zu heftigen Ausschreitungen in der Stadt Salzburg führte.⁷⁷ Von den Behörden wurden Streiks und Demonstrationen nicht immer nur als Folge der katastrophalen Ernährungssituation betrachtet; vielmehr weckten diese auch die Vermutung, dass dahinter *Agitationen von Emissären der Entente* steckten. Das Ministerium des Inneren forderte daher die Länder auf, über Unruhen genau Bericht zu erstatten.⁷⁸

Der Staat bzw. die Regierung, weitgehend überfordert von den Auswirkungen des Krieges auf die ökonomische und soziale Lage, schwankte zwischen Repression und Fürsorge. Während kaum Verständnis für offenen Protest bestand,

73 Hanisch, Der lange Schatten (wie Anm. 1), 206.

74 SLA, LRA 1910/19 VII D 08, Zl. 10772, 1914, Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau an die k. k. Landesregierung, 28.8.1917.

75 SLA, Präsidialakten 1917 II/A-VII/h, Zl. 8688, k. k. Minister des Inneren, Kundmachung an die Arbeiter und Arbeiterinnen, 26.5.1917.

76 SLA, Präsidialakten 1917 II/A-VII/h, Zl. 15597, Vertreter der Arbeiterschaft der Mitterberger Kupfer AG an die k. u. k. Beschwerdekommision Linz/Donau, 2.8.1917 (Abschrift).

77 Vgl. dazu den Beitrag von Thomas Weidenholzer in diesem Band.

78 SLA, Präsidialakten 1917 II/A-VII/h, Zl. 17085/16741, k. k. Landespräsidium in Salzburg, k. k. Minister des Inneren an k. k. Statthalter/Landespräsidenten in Salzburg, Wien, 22.2.1917; Präsidialakten 1917 II/A-VII/h, Zl. 15597, k. k. Minister des Inneren an k. k. Statthalter/Landespräsidenten in Salzburg.

sammelte im Kriegsministerium ein „Kriegsfürsorgeamt“ sogenannte „Liebesgaben“, bestimmte Gebrauchs- und Genussmittel, sowie warme Kleidung für die Soldaten. Im Ministerium des Inneren kümmerte sich ein „Kriegshilfsbüro“ um die Angehörigen der Einberufenen. Geldsammlungen wurden initiiert, Bittschreiben an *hervorragende Persönlichkeiten*, Banken und Unternehmer geschickt sowie finanzielle Unterstützung für Mieten, bei Krankheiten und für Wöchnerinnen ausbezahlt.⁷⁹ In den einzelnen Kronländern wurden dafür „Landeskriegshilfskomitees“ eingerichtet.⁸⁰ Das „Kriegshilfsbüro“ wurde als „kommerzieller Betrieb“ geführt: Der Verkauf von schwarz-gelben, rot-weißen und rot-weiß-grünen Kokarden sollte die Kassen des Hilfsbüros füllen. Ferner handelte es, um nur einige weitere Produkte zu erwähnen, mit patriotischen Fahnen, verschiedenen Gebrauchsgegenständen, etwa mit Visitenkartentaschen, Portemonnaies und Damenhandtaschen, sowie mit dem *geschmackvolle[n] Bundeskreuz in Altsilber, das dem deutschen Eisernen Kreuz so ähnelt und ebenfalls im Mittelschild die Bilder der beiden Majestäten trägt*. Selbstverständlich durfte auch ein *Patriotisches Bilderbuch* nicht fehlen, um der *Jugend die Ursachen, die zum Weltkrieg geführt hatten, [...] in klarer und sachlicher Weise vor Augen zu führen*.⁸¹ Wohltätigkeit wurde vom „Kriegshilfsbüro“ auch mit mehreren Lotterien finanziert.⁸² Die Handelserlöse und Einnahmen aus den Lotterien in den Kronländern wurden verzeichnet und kamen diesen wieder zu Gute.⁸³ Alle diese Hilfsmaßnahmen konnten aber eine effektive, gut organisierte und zentralisierte Kriegswirtschaft nicht ersetzen. Letztlich wurde nur der Mangel organisiert.

79 Tätigkeit des Kriegshilfsbüros im k. k. Ministerium des Inneren und seiner techn. Betriebszentrale. Vortrag des Leiters des Kriegshilfsbüros, Statthaltereirates Dr. Eduard Prinzen von u. zu Liechtenstein, gehalten am 4.3.1915 in Wien. Wien 1915, 4–6 (SLA, Präsidialakten 1916 16/503-Schl., Zl. [nicht lesbar], k. k. Landespräsidium in Salzburg, Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Inneren. Effekten-Lotterie).

80 Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg, IX (1.8.1914), 312; Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg, IV (3.4.1915), 42f.

81 Tätigkeit des Kriegshilfsbüros, 4–8, 10, 15, 18f, 25.

82 SLA, Präsidialakten 1916 16/503-Schl., Zl. (nicht lesbar), k. k. Landespräsidium in Salzburg, Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Inneren. Effekten-Lotterie, darin: k. k. Landespräsidium in Salzburg, Landeskriegshilfsbüro Salzburg, Zirkulare für alle Departments der Landesregierung und das Bureau des Landesschulrates, Zl. 2663/Präs., 2.4.1915; k. k. Landespräsidium in Salzburg, Landeskriegshilfsbüro Salzburg, Zirkulare des k. k. Landespräsidiums, Zl. 9544, 10.7.1916; k. k. Landespräsidium in Salzburg, Landeskriegshilfsbüro Salzburg, Zl. 13409, 6.10.1916, Fünfte „Effektenlotterie des Kriegshilfsbüros“.

83 Tätigkeit des Kriegshilfsbüros, 18.



RICHARD VOITHOFER

„... DEM KAISER TREUE UND GEHORSAM ...“

EIN BIOGRAFISCHES HANDBUCH DER POLITISCHEN
ELITEN IN SALZBURG 1861 BIS 1918

(SCHRIFTENREIHE DES FORSCHUNGSINSTITUTES FÜR POLITISCH-
HISTORISCHE STUDIEN DER DR.-WILFRIED-HASLAUER-BIBLIOTHEK,
BAND 40)

Mit dem Februarpatent 1861 fand der Neoabsolutismus in Österreich sein Ende und es wurden die staatsrechtlichen Grundlagen geschaffen, die bis zum Ende der Monarchie Bestand hatten. Am 6. April 1861 trat der erste Salzburger Landtag zusammen. Dieses Handbuch umfasst 177 Kurzbiografien aller Salzburger Landtagsabgeordneten, Reichsräte und Landespräsidenten zwischen 1861 und 1918. Neben den grundlegenden biografischen Daten sind auch Informationen zur beruflichen und politischen Tätigkeit enthalten. Damit liegt erstmals ein vollständiges Verzeichnis aller Salzburger Parlamentarier zwischen 1861 und 1918 vor, das durch eine Darstellung des Wahlrechtes und der Wahlergebnisse sowie eine Analyse der sozialen Struktur des Salzburger Landtages abgerundet wird.

2011. 195 S. 10 S/W-ABB. BR. 170 X 240 MM. | ISBN 978-3-205-78637-5

„Der verdienstvolle Band schließt eine Lücke, die hoffentlich andere Länder zu vergleichbaren Bestandsaufnahmen veranlassen kann.“

Herold-Jahrbuch



MANFRIED RAUCHENSTEINER

DER ERSTE WELTKRIEG

UND DAS ENDE DER HABSBURGERMONARCHIE 1914–1918

Nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajevo stand fest, dass es Krieg geben würde. Kaiser Franz Joseph wollte es und in Wien rechnete man durchaus mit der Möglichkeit eines großen Kriegs. Wie der Krieg entfesselt wurde und bereits Wochen später Österreich-Ungarn nur deshalb nicht zur Aufgabe gezwungen war, weil es immer wieder deutsche Truppenhilfe bekam, hat bis heute nichts an Dramatik verloren. Zwei Monate vor seinem Tod verzichtete der österreichische Kaiser auf einen Teil seiner Souveränität und willigte in eine gemeinsame oberste Kriegsleitung unter der Führung des deutschen Kaisers ein. Der Nachfolger Franz Josephs, Kaiser Karl, konnte das nie mehr rückgängig machen. Auch ein Teil der Völker Österreich-Ungarns fürchtete die deutsche Dominanz. Schließlich konnten nicht einmal die militärischen Erfolge 1917 den Zerfall der Habsburgermonarchie verhindern. Das Buch beruht auf jahrzehntelangen Forschungen und bleibt bis zur letzten Seite fesselnd, obwohl man das Ende kennt. Viele Zusammenhänge werden aber erst jetzt klar. Rauchensteiner sieht den Ersten Weltkrieg als Zeitenwende. Ob er die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts war, muss der Leser entscheiden.

2013. 1222 S. 32 S/W-ABB. UND 2 KARTEN. GB. 170 X 240 MM. | ISBN 978-3-205-78283-4

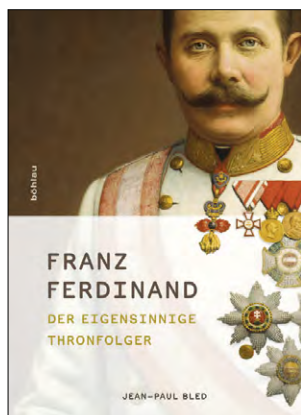
„Rauchensteiner gibt einen vorzüglichen Überblick über all das, was man [...] über Kaiser Franz Joseph und den Untergang der Donaumonarchie immer schon wissen wollte.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Rauchensteiners packendes Panorama vom Ende der Habsburgermonarchie ist eine historiografische Meisterleistung.“

literaturkritik.de

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, 1010 WIEN. T: +43 1 330 24 27-0
 INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM
 WIEN KÖLN WEIMAR



JEAN-PAUL BLED

FRANZ FERDINAND

DER EIGENSINNIGE THRONFOLGER

Die Beziehung zwischen dem österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und Kaiser Franz Joseph war kontrovers: Gemeinsam war ihnen zweifellos die hohe Achtung der Dynastie und des monarchischen Prinzips; ebenso gemeinsam war ihnen angesichts der zunehmenden Gefahren von außen die Verteidigung einer Friedenspolitik. Andererseits missbilligte Franz Ferdinand die Innenpolitik des Kaisers und brannte darauf, an den Regierungsgeschäften beteiligt zu werden. Im wichtigsten Punkt, der Frage der Organisation der Monarchie, waren sich die beiden Männer völlig uneins. Franz Ferdinand lehnte die Ungarnpolitik seines Onkels ab. Auch durch seine Heirat mit Sophie Gräfin Chotek wehrte er sich gegen kaiserliche Standesregeln. Hätte Franz Ferdinand im Falle einer Regentschaft den Lauf der Geschichte verändert?

Die Biografie von Jean-Paul Bled zeichnet das facettenreiche Leben und Wirken des „verhinderten Herrschers“ detailliert nach. Zahlreiche unveröffentlichte oder wenig bekannte Quellen runden das Bild einer Persönlichkeit ab, die im Leben eigene Wege ging und deren Ende auch das Ende des Kaiserreiches Österreich-Ungarn mitbestimmte.

2013. 322 S. 18 S/W ABB. GB. MIT SU. 155 X 235 MM. | ISBN 978-3-205-78850-8

„Trotz zahlreicher Bücher über den österreichisch-ungarischen Thronfolger [...] ist dies seit Langem die überzeugendste politische Biografie des ‚Ersten Toten des 1. Weltkriegs‘.“

ekz-Informationsdienst

„Der Klassiker.“

Kronen Zeitung

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, 1010 WIEN. T: +43 1 330 24 27-0
 INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM
 WIEN KÖLN WEIMAR

Dieser illustrierte Sammelband mit Aufsätzen namhafter Expertinnen und Experten untersucht die Auswirkungen des Krieges im Hinterland in Salzburg. Zentrale Themen sind der Alltag, die Rolle der katholischen Kirche, die Veränderungen, die der Krieg für Frauen brachte, verschiedene Aspekte der Kriegspropaganda, aber auch die lokale Presse im Sommer 1914. Weitere Themen, wie darstellende Kunst, Medizin, Lebensmittelversorgung oder Kriegsfinanzierung, runden den Band ab.



9 783205 795780

ISBN 978-3-205-79578-0 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM